

Eine liechtensteinische Frauendelegation nimmt am 5. Schweizerischen Frauenkongress teil (21.1.).

VU-Treffen der Senioren-, Frauen- und Jugend Union in Schaan (9.2.).

Mit Daniela Clavadetscher wird erstmals eine Frau zur Leiterin eines Amtes der Landesverwaltung gewählt (12.3.).

Fürst Hans Adam II. spricht in seiner Thronrede (15.3.) Fragen der Verfassung, Staatsform und Souveränität an, die den Landtag als die Volksvertretung zu einer Erklärung herausfordern (21.3.).

Der Landtag beschliesst die von der Regierung vorgelegte, seit Jahren vorbereitete Totalrevision des Gemeindegesetzes (20.3.) und stimmt einer Revision des Bürgerrechtsgesetzes zu (21.3.), das eine durchgehende Gleichberechtigung beinhaltet.

Ebenso wird die AHV nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung überarbeitet und modernisiert. Andere Bereiche der gesetzgeberischen Tätigkeit betreffen etwa ein modernes Investmentunternehmergesetz sowie ein Sorgfaltspflicht- und ein Telekommunikationsgesetz.

Die Finanzbeziehungen zwischen

besitze, zurücktrete; denn eine solche vertrauensunwürdige Regierung könne auch nicht im Interesse des Volkes weilen.

Bürgerpartei: Dr. Peer betonte mehrmals, wenn einem der Herrgott gut wolle, so gebe er einem ungeschickt arbeitende Gegner. Die Volkspartei habe Männer, die man sich günstiger nicht wählen könne. Er verurteilt das Vorgehen der Bürgerpartei, die ja auch fortschrittlich sein wolle, im Grunde aber eben eine rückwärtsstrebende Fortschrittspartei sei, das heisst eine reaktionäre Gesellschaft. Die Postulate der Volkspartei anerkannte er immer als zeitgemäss und mässig, und notwendig.

Zustimmend äusserte sich auch Dr. Peer dazu, dass die gesamte Verwaltung nach den Grundsätzen des Rechtsstaates geführt und unter Kontrolle gestellt werden müsse.

- 5) Es wurde immer wiederum betont, dass die Unterhandlung nicht im Sinne der Partei, sondern nur von den 3 persönlich geführt werde. Speziell wies darauf der Herr Obmann Walser-Kirchthaler in Vaduz hin.
- 6) Man hatte nämlich ausgemacht, dass die Verhandlung vorläufig als strenge vertraulich betrachtet werde; solange bis die 3 Unterhändler nicht erklären können, dass eine Aussicht auf Einigung vorhanden sei, solange solle und werde Gegnern der demokratischen Bewegung nichts gesagt werden.